Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 56. Dienstag, 6. März 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 65. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Zur Rede Mussolinis.

Als am Sonnabend Mussolini in der Kammer seine Rede beendet hatte, erhoben sich sämtliche Anwesenden, die Mitglieder des Hohen Hauses, die Zuschauer auf den Tribünen, die Herren auf den Regierungsbänken. Sie erhoben sich alle, aus einem Impuls heraus, hingerissen durch die Diktion und Dialektik des Duce. Stimmten alle die faschistische Nationalhymne an und brachten dem Ministerpräsidenten eine Ovation dar, die sich gewaschen hatte. Was sagt uns dies? Es sagt uns, daß das, was Mussolini gegen das Deutschtum, gegen das österreichische Volk und gegen die Südtiroler sprach und an Drohungen ausstieß, nicht Wille, Erkenntnis, Politik eines einzelnen Mannes ist, sondern der Wille, die Erkenntnis, die Politik des gesamten faschistischen Italiens. Wenn man sich also genötigt sieht, sich mit der Rede des Herrn Mussolini auseinanderzusetzen, so haben wir weniger mit dem zu richten, der diese unerhörten Worte sprach, als mehr mit denen, die diesen „kraftvollen" Redner aufs Schild gehoben haben, ihm begeistert zujubeln und das, was er für Wahrheit erklärt, als ureigenstes Empfinden auslegen.

Mit Mussolini als Einzelpersönlichkeit ist man bereits fertig. Man kennt ihn, man kennt seine Reden, seine Taten, man kennt seine Absichten und seine Pläne, zusammengeballt auf das Ziel einer restlosen Entnationalisierung des durch die Friedensverträge an Italien gekommenen Gebiets von Südtirol. Da man diese Mussolini-Politik seit langem kennt und weiß, daß er eine energische und zielbewußte Persönlichkeit ist, die sich nicht abbringen läßt von einem Weg, den er nun einmal beschritten hat, so konnte auch die letzte Rede des Duce in der Kammer nicht groß in Erstaunen setzen. Sie ist in ihrem Inhalt so, wie die Natur ihres Sprechers ist: selbstbewußt, anmaßend, diktatorisch, hemmungslos, ohne diplomatische Färbung, ohne Rücksicht und ohne Kompromißbereitschaft. Aber sie ist auch unwahr, unlogisch, aufgebaut auf falschen Voraussetzungen. Also eine Rede, die man vielleicht begrüßen kann, da sie, selbstverständlich unbeabsichtigt, jedem objektiven und vorurteilslosen Kritiker eine Ueberfülle von Momenten in die Hände liefert, deren Unlogik, Falschheit, überhebliche Arroganz mit Leichtigkeit nachzuweisen sind. Als die Rede eines einzelnen, vielleicht auch eines einzelnen Staatsmannes, wäre sie durch sich selbst gerichtet und abgetan. Als die Aeußerung, demonstrative Kundgebung eines gesamten Italiens muß sie bestehen bleiben als die unerhörteste Drohung gegen das ganze System eines Völkerbundes, als die unerhörteste Verspottung eines Geistes, der in den Jahren nach der Beendigung des Weltkrieges eine Wiederannäherung der Völker angeblich ermöglichen soll, als leidenschaftlichster und heftigster Schlag gegen den Frieden Europas, der, wie Tag für Tag in allen Hauptstädten des alten Kontinents versichert wird, nicht bedroht werden darf, verewigt werden soll als das Grundprinzip des jeglichen Handelns einer jeglichen Nation. Diese Kundgebung Mussolinis, besser gesagt, diese Kundgebung des faschistischen Italien, müßte, wenn sie ernstlich gemeint ist, alles das, was man heute noch an Vertrauen auf die Sittlichkeit und einwandfreie Moral des politischen Gebarens einer Nation setzen könnte, zu einer kläglichen Farce machen. Was hörte man aus dem Munde Mussolinis: „Die faschistische Regierung hält sich zwar peinlich genau an die Verträge, aber es fällt ihr nicht im mindesten ein, sich durch mehr oder minder unbestimmte mündliche Zusicherungen Männern gebunden zu fühlen, die vorfaschistische Systeme und Regierungen vertreten haben." Dieser fundamentale Grundsatz einer italienischen Politik von heute verdient an allen sichtbaren Ecken und Fronten des Genfer Völkerbunds-Palais öffentlich zur Belehrung aller ausgehängt zu werden. Denn was er besagt, ist die krasseste Selbstentäußerung jedes politischen Anstandes, ist die Schilderhebung der Grundsatzlosigkeit, der Vertragsunehrlichkeit zum beherrschenden Prinzip eines politischen Gebarens. Nach der Diktion des faschistischen Italiens braucht sich keine Regierung der Welt mehr an das gebunden zu fühlen, was die Regierung einer vorhergehenden und anders gearteten parteimäßigen Konstellation bindend vertraglich versichert hat.

Auf welche Zusicherungen von Männern des vorfaschistischen Systems in Italien hat die Rede Mussolinis angespielt? Bei den Friedensverhandlungen haben die amtierenden italienischen Minister und die Abgeordneten fast aller Parteien im römischen Parlament, hat das Manifest des Südtirol besetzenden Generals Etnaldi, hat der König, der heute noch regierende König, bei seinem ersten Besuch in Südtirol folgendes mündlich und urkundlich versichert: Man werde das Volk Südtirols bei seiner deutschen Sprache, bei seinen deutschen Schulen, bei seiner Verwaltungsart, bei seinen Sitten und Gebräuchen belassen, denn die italienische Nation sei so liberal, daß jede Unterdrückung fremden Volkstums ihr vollständig fern liege. Man ging sogar über diese Zusicherung hinaus und dekretierte: für Italien wäre es eine Beleidigung, dies erst durch Unterschreiben der Bestimmungen des Minderheitenschutzes festlegen zu sollen. Das alles waren feierliche Versprechungen, bindende Erklärungen, eine offizielle Festlegung einer zukünftigen offiziellen italienischen Politik gegenüber Südtirol. Aber Mussolini sagt, der faschistischen Regierung „falle es nicht im mindesten ein", sich an solche Zusicherungen gebunden zu fühlen. Also schließlich auch nicht an die Zusicherung, die einst das heute noch bestehende repräsentative Oberhaupt der italienischen Nation machte — der König. Mussolini erklärt: Es gibt keine Südtiroler Frage! Erklärt: Es gibt auch keine Bedrückung oder Vergewaltigung des Südtiroler Volkes. Aber Oesterreich weiß, Deutschland weiß, die ganze Welt weiß: In Südtirol sind die deutschen Ortsnamen verschwunden, die Namen der Südtiroler Bauern sind italienisiert worden, die Grabinschriften in deutscher Sprache sind übertüncht oder „verwelscht", die deutschen Schulen sind geschlossen, die deutsche Sprache darf nicht mehr gelehrt werden, die deutschen Lehrbücher sind verbrannt, die Priester dürfen keine deutschen Predigten mehr halten. Dies alles bei einer Bevölkerung, die bis zu 85 Prozent kein Wort Italienisch versteht! Mussolini sagt: es gibt keine Südtiroler Frage. Nein, aber ein Südtiroler Elend, eine Not, die keine Ausmaße kennt.

Hiermit, sagte der Redner, wird Mussolini in aller Deutlichkeit gesagt, daß das ganze deutsche Volk hinter uns steht.

Sodann beschäftigte sich Nationalrat Abram eingehend mit den Ausführungen Mussolinis und schloß mit dem Ausdruck der Ueberzeugung, daß ein künftiges demokratisches Italien sich mit den Deutschen über die Zukunft der ½ Million Deutschen in Südtirol einigen werde. Die Rede des Nationalrates Abram wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Hierauf schloß der Vorsitzende, Stadtrat Berger, die Versammlung nach Dankesworten mit dem Rufe nach Gerechtigkeit und einer Kundgebung gegen den Krieg. Die Versammlung ist ohne jeden Zwischenfall verlaufen.

Sozialdemokratische Südtirol-Kundgebung in Innsbruck.

X Innsbruck. Die sozialdemokratische Partei veranstaltete gestern abend eine massenhaft besuchte Versammlung unter der Devise „Die Sozialdemokraten und das deutsche Südtirol".

Nationalrat **Abram** sprach zunächst Mussolini das Recht ab, deutschen Männern und Frauen oder dem österreichischen Nationalrat und anderen Körperschaften verbieten zu wollen, Kundgebungen für die Deutschen Südtirols zu veranstalten. Wir haben die Pflicht, sagte der Redner, für die Deutschen Südtirols einzutreten. Das ganze deutsche Volk des In- und Auslandes ist in dieser Sache mit uns vollkommen einig.

Der Redner verlas sodann ein von der Versammlung mit stürmischem Beifall aufgenommenes **Telegramm des Präsidenten des deutschen Reichstags Löbe**, das folgenden Wortlaut hat:

„Unwandelbare Treue und Solidarität wahrt den unterdrückten Deutschen Südtirols das ganze deutsche Volk".

Die Wahlen in Polen. — Deutsche Erfolge.

)(Warschau. **Die Deutschen haben bei den Sejmwahlen einen großen unbestrittenen Erfolg errungen.** In Pommerellen behaupteten sie ihre bisherigen Mandate in Graudenz und gewannen noch eins in Thorn und ein zweites im Kreise Dirschau. In der Wojwodschaft Posen gewannen sie zu ihren bisherigen Mandaten in Samter und Bromberg noch ein zweites in Bromberg und ein weiteres in Gnesen, so daß die deutsche Vertretung in Posen und Pommerellen von drei auf sieben Mandate sich erhöht. In Ostoberschlesien und in dem Polen zugesprochenen ehemals österreichischen Teilgebiet behaupteten sie nicht nur die bisherigen fünf Mandate (zwei Kattowitz, zwei Königshütte und eins im Kreise Tschechen-Pleß), sondern gewannen noch ein sechstes im Wahlkreise Tschechen-Pleß. Es erhöht sich somit die deutsche Vertretung im ehemals deutschen Teilgebiet und ehemals österreichisch-schlesischen Teilgebiet von 8 auf 13 Mandate.

Die Wahlergebnisse für die Deutschen Kongreßpolens sind vorläufig noch nicht festgestellt. Sicher scheint nur, daß die Deutschen in Wloclawek ein Mandat und ein zweites im Landbezirk Lodz behauptet haben. Hingegen ist das deutsche bürgerliche Mandat im Stadtkreis Lodz wegen des Anschlusses der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei an die polnische Sozialdemokratie verloren gegangen. Dafür wurde auf der polnischen sozialistischen Liste der Stadt Lodz ein Deutscher gewählt. Auf der Staatsliste sind den Deutschen vorläufig 2 Mandate sicher; ob noch weitere hinzukommen, wird zum großen Teil von dem Erfolg des Minderheitenblocks im Osten, in der Ukraine und Weißrußland abhängen.

Wenn auch die Ergebnisse der Sejmwahlen erst teilweise vorliegen, so kann doch schon heute von einem großen Prestigeerfolg des Marschalls Pilsudski gesprochen werden, da die Regierungsliste und die regierungsfreundliche Bauernpartei (Domski-Partei) zusammen vielleicht annähernd die Zahl von 120 bis 160 Mandaten erringen. Das erstrebte Ziel der Regierung, eine sichere Mehrheit zu erhalten, ist allerdings nicht erreicht worden, da die Gesamtzahl der Sejmabgeordneten bekanntlich 444 beträgt. Ueberraschend ist der große Erfolg der Regierungsliste im Osten im rein ukrainischen Sprachgebiet. Ob hier vielleicht Terror und Bandenakte eine große Rolle gespielt haben, wie dies vielfach von der Opposition behauptet wird, kann zur Zeit noch nicht festgestellt werden. Charakteristisch für die Wahlmethoden im ukrainischen Sprachgebiet ist der Umstand, daß im rein ukrainischen Wahlkreis Kowel, wo im Jahre 1922 fünf Vertreter des Minderheitenblocks gewählt wurden, jetzt fünf Kandidaten der Liste Pilsudski gewählt worden sind. Die ukrainischen Listen sind nämlich dort unter verschiedenen formalistischen Vorwänden durchweg annulliert worden.

Die Sozialdemokraten scheinen ihre Verluste, die sie in einigen polnischen Städten erlitten haben, durch Erfolge in kongreßpolnischen und westgalizischen Landkreisgemeinden mehr als ausgeglichen zu haben, so daß man vielleicht noch mit einem Stimmenzuwachs der Sozialdemokraten rechnen kann.

Schlecht abgeschnitten haben die Groß-Bauernpartei und christlichen Demokraten; hingegen wird die nationaldemokratische Partei zwar bedeutend schwächer, aber noch in ansehnlicher Stärke in den Sejm einziehen. Die zur Regierung kritisch eingestellte radikale Bauernpartei Wyzwolenie dürfte ebenfalls auf bedeutsame Erfolge in den Landbezirken zurückblicken können.

Das nichtamtliche Endergebnis der polnischen Wahlen.

)(Warschau. Die nichtamtlichen Endergebnisse der Wahlen ergeben folgendes Bild:

Insgesamt entfallen auf die einzelnen in den Wahlkreisen aufgestellten Parteilisten 372 Mandate. Zu dieser Zahl kommen nach der endgültigen Feststellung des amtlichen Wahlergebnisses noch 72 Mandate der sogenannten Staatsliste, die auf die Parteien proportional verteilt werden.

Von den 372 Wahlkreismandaten erhalten der Regierungsblock 100 (104), der nationalstaatliche Arbeitsblock fünf, die katholische Union der Westgebiete zwei, die polnische sozialistische Partei 51, die Bauernpartei Wyzwolenie 30 (31), Bauernbund des Abgeordneten Stapinski drei, Bauernpartei des Abgeordneten Dombski 21.

Von den Rechtsparteien erhalten die Bauernpartei Piast und die Christlich-Demokraten 28, die nationale Arbeiterpartei (rechte) acht, die katholische nationale Union 30, der Minderheitenblock 46, die ukrainische Arbeiterunion (rechte) fünf, (linke) vier, die ukrainische radikale Wahlgruppe neun, die Kommunisten fünf, die radikale Bauerngruppe des Pater Okon eins, ostkleinpolnische Zionisten unter Führung des Dr. Reich sechs, Russen eins, ukrainische Arbeiterpartei eins.

Auf die lokalen Splitterlisten entfallen zwölf Mandate.

•

Die deutschen Wahlerfolge in Polen.

Das gute Abschneiden der deutschen Minderheit bei den Sejmwahlen in Polen wird von den Berliner Blättern lebhaft begrüßt.

Das **Berliner Tageblatt** läßt sich aus Kattowitz melden, daß die Deutschen in Ostoberschlesien trotz der maßlosen Propaganda der Parteigänger des Woiwoden Graczynski nicht nur den Besitzstand von 1922 erhalten, sondern Zehntausende von Stimmen neu gewonnen haben.

Die **Vossische Zeitung** schreibt: Die deutsche Minderheit hat sich glänzend geschlagen. In Dirschau, Thorn, Bromberg, Gnesen und Teschen hat sie zusammen bereits fünf neue Mandate gewonnen und im übrigen Westpolen ihren Besitzstand überall mindestens behauptet. Angesichts der starken Abwanderung von deutschen Wählern, besonders aus dem Gebiet des Weichselkorridors, die in den fünf Jahren seit den letzten Sejmwahlen vor sich ging, bedeutet das einen sehr starken moralischen Erfolg.

In der **Germania** heißt es: Es erfüllt uns mit großer Befriedigung, daß es der deutschen Minderheit gelungen ist, nicht allein ihre bisherige Stimmenzahl zu erhalten, sondern vielfach ganz wesentlich zu vermehren. Dieser Erfolg wiegt um so schwerer, als durch Abwanderung vieler Deutscher und Polonisierung ganzer Ortschaften, sowie infolge des unerhörten Wahlterrors mit einem Rückgang der deutschen Stimmen gerechnet werden mußte. Die deutsche Minderheit hat bewiesen, daß alle Polonisierungsmaßnahmen sie nicht in ihrem treuen Festhalten an der deutschen Kulturgemeinschaft wankend machen konnten, und wir Reichsdeutschen werden nicht vergessen, welche Pflicht wir gegenüber dieser Treue besitzen.

•

Ein „Flugblatt der Tiroler".

* Wien. (Telunion.) Wie die Korrespondenz „Hervey" erfährt, wird demnächst ein Flugblatt der Tiroler in die Welt hinausgehen zur **Aufklärung über den Kampf des Tiroler Volkes.** In diesem Aufruf heißt es u. a.: „Unser Kampf ist hart. Wir sind scheinbar von der ganzen Welt verlassen. Trotzdem wissen wir es genau, daß es nicht mehr bloß um Südtirol geht, es handelt sich um ganz Tirol. Eine sehr verläßliche Stelle sagt uns, daß auch Nordtirol von den Italienern schwer bedroht ist. Eine Unzahl von Spionen hat bereits seit Jahren alles in Nordtirol ausgekundschaftet bis zum letzten Bergsee, damit, wenn Italien einmal in Innsbruck einmarschiert, es sofort den Betrieb übernehmen könne und in alles schon eingeweiht sei. Darum laßt uns arbeiten und nicht verzweifeln. Unsere Hilfe ist im Namen des Herrn."

SLUB
Wir führen Wissen.